

# SPANNUNGEN UM DEN ISLAM IN DÄNEMARK, DEN NIEDERLANDEN UND DER SCHWEIZ: KONSTRUKTIVER UMGANG DANK MEDIATIVER ANSÄTZE?

von Simon J. A. Mason, Abbas Aroua, Annika Åberg\*

*In letzter Zeit gab es in verschiedenen europäischen Ländern Spannungen um die Frage, welchen physischen und kulturellen Raum der Islam in Europa einnimmt. Der vorliegende Artikel untersucht anhand des Karikaturenstreits in Dänemark, des «Fitna»-Films in den Niederlanden und des Minarett-Verbots in der Schweiz die Erfahrungen der Regierungen im Umgang mit solchen konfliktträchtigen Debatten. Die Analyse zeigt, dass die Chancen auf eine Deeskalation steigen, wenn Regierungen Gelegenheiten schaffen, bei denen sich die unterschiedlichen Akteure über ihre Ängste, Hoffnungen und Werte austauschen können. Hingegen scheinen die Spannungen tendenziell zu eskalieren, wenn Regierungen eng mit politischen Akteuren verbunden sind, welche die Frage des Stellenwerts des Islam politisieren, wenn Grundwertedebatten geführt werden und wenn ausschliesslich gerichtliche Wege zur Klärung der Differenzen verfolgt werden. Es ist absehbar, dass die kulturelle Vielfalt in Europa in Zukunft bestehen bleibt, wenn nicht sogar noch zunehmen wird. Vor diesem Hintergrund sind grosse Anstrengungen erforderlich, um Wege zu finden, mit Differenzen konstruktiv umzugehen. Mediative Ansätze können dazu beitragen, eine Eskalation von Spannungen zu verhindern.*

## EINLEITUNG

Die Frage, wie viel kultureller, religiöser und physischer Raum der Islam in Europa einnimmt, hat in den letzten Jahren vermehrt Spannungen ausgelöst. Diskussionen und Auseinandersetzungen gab es um die Mohammed-Karikaturen in Dänemark, um den Film «Fitna» des Politikers Geert Wilders in den Niederlanden, um die Frage des Kopftuchs

\* Wir danken Emanuel Scheublin (Graduate Institute) und Stine Lehman-Larsen (Centre for Humanitarian Dialogue) für wertvolle Beiträge zu diesem Artikel.

in Frankreich, um den Bau von Moscheen in Deutschland oder um das Minarett-Verbot in der Schweiz. All dies sind Einzelfälle, die den spezifischen historischen, kulturellen und politischen Umständen des jeweiligen Landes geschuldet sind. Dennoch verdeutlichen sie, dass die Schweizer Volksinitiative «Gegen den Bau von Minaretten» innerhalb Europas keine Ausnahme, sondern vielmehr ein Ereignis in einer ganzen Serie von Begebenheiten darstellt. Viele europäische Staaten sind mit der Frage nach dem Umgang mit dem muslimischen Teil ihrer Bevölkerung konfrontiert.<sup>1</sup> Die muslimischen Bevölkerungsgruppen wiederum fühlen sich in Europa oftmals diskriminiert.<sup>2</sup>

Im Zuge der Unruhen, die der Publikation der Mohammed-Karikaturen in Dänemark folgten, kam es zu Todesopfern. In den Niederlanden wurden 2002 der Rechtspopulist Pim Fortuyn und 2004 der Filmmacher Theo van Gogh erschossen. Am 1. Juli 2009 wurde Marwa Ali El-Sherbini, eine schwangere Frau ägyptischer Herkunft, von einem Mann in einem Gerichtssaal in Dresden umgebracht, als sie gegen ihn aussagte – ihr Mörder hatte sie zuvor verbal wegen des Tragens des Kopftuchs angegriffen. Während des Rechtsstreits um den Bau eines Minaretts in Wangen bei Olten in der Schweiz wurden bei der entsprechenden Moschee die Fenster eingeworfen, zudem wurde Schweinefleisch an die Tür gehängt.<sup>3</sup> Diese Beispiele zeigen, dass die Spannungen, die sich aus der Frage ergeben, wie viel und welchen Raum der Islam in europäischen Gesellschaften einnehmen darf, leicht ausser Kontrolle geraten und zu Protesten und Gewalttaten führen können.

Dieser Artikel untersucht die Frage, inwiefern Mediationsansätze im Umgang mit derartigen Konflikten Gewalt vermeiden oder reduzieren können. Gleichzeitig sollen aber auch die Grenzen einer solchen Vorgehensweise aufgezeigt werden. Der Schwerpunkt der Untersuchung liegt auf den Fällen in Dänemark, den Niederlanden und der Schweiz. Be-

1 Antonsich, Marco. Mapping the Swiss referendum on the minaret ban. In: *Political Geography* 29 (2010), Nr. 2, S. 57–62.

2 European Monitoring Centre on Racism and Xenophobia. *Muslims in the European Union: Discrimination and Islamophobia*. 2006. [http://fra.europa.eu/fraWebsite/attachments/Manifestations\\_EN.pdf](http://fra.europa.eu/fraWebsite/attachments/Manifestations_EN.pdf).

3 Minaret Debate angers Swiss Muslims. In: *Euronews*, 19. November 2009. <http://www.euronews.net/2009/11/19/minaret-debate-angers-swiss-muslims>.

sonderes Augenmerk gilt dabei der Rolle der Regierungen im Umgang mit diesen Spannungen.

Die analysierten Fälle weisen ein ähnliches Muster auf: Eine kleine Gruppe politisiert ein Thema und liefert damit der Gegenseite einen Vorwand, das Thema ihrerseits weiter hochzuspielen. Im Verlauf dieser Eskalationsdynamik werden Werte beschworen

«Eine Gruppe politisiert ein Thema und liefert damit der Gegenseite einen Vorwand, das Thema ihrerseits weiter hochzuspielen.»

und an Gruppenidentitäten geknüpft. Verschiedene Akteure werden dabei zu Gruppen wie «der Westen» oder «die Muslime» zusammengefasst. Solche Mechanismen stärken den Zusammenhalt innerhalb der Gruppen, vermehren aber tendenziell die Spannungen zwischen den Gruppen, was wiederum zur Eskalation von Konflikten führen kann. Ein solcher Teufelskreis kann nur durch muslimische und nicht-muslimische Vertreter eines «Mittelwegs» durchbrochen werden, deren Ziel ein Interessensausgleich und nicht gegenseitiges Aufhetzen ist. Dabei müssen in politischen Prozessen die solchen Konflikten zugrundeliegenden Ängste und Sorgen thematisiert werden.

## 1 DER MEDIATIONSANSATZ

Politik lässt sich als Prozess definieren, in dem Gruppen von Menschen kollektiv Entscheidungen treffen. Verhandlungen werden als *gemeinsame* Entscheidungsprozesse definiert.<sup>4</sup> Vor diesem Hintergrund lässt sich unterscheiden zwischen «politischen Prozessen», die gemeinsame Entscheidungsfindungsprozesse beinhalten können oder auch nicht, und «politischen Verhandlungsprozessen», die gemeinsame Entscheidungsprozesse beinhalten. Werden solche Prozesse von einer dritten Partei begleitet, die das Vertrauen beider Seiten genießt, spricht man von Mediationsprozessen. Eine weiter gefasste Definition von Mediation, die oft

4 Zartman, William. Negotiation as a Joint Decision-Making Process. In: *Journal of Conflict Resolution* 21 (1977), Nr. 4, S. 619–638.

auch als «mediativer Ansatz» bezeichnet wird, erachtet einen Vermittler in Form einer Person nicht als zwingend notwendig. Der mediative Ansatz basiert auf der Idee von Mediation als einem Prozess, der auf die Schaffung sozialer Räume zwischen verschiedenen Interessengruppen abzielt, im Gegensatz zu Prozessen, die auf der Arbeit eines Individuums oder eines kleinen Teams beruhen.<sup>5</sup>

Mediation zeichnet sich durch zwei wesentliche Eigenschaften aus: Erstens stehen die Interessen und nicht die Positionen im Vordergrund.<sup>6</sup> Die zugrundeliegende Idee lässt sich anhand eines einfachen Beispiels verdeutlichen: Zwei Menschen streiten um eine Orange. Beide deklarieren ihre Position im Sinne von «Ich sage, was ich will». Ihre Positionen lauten «Ich will die Orange». Solange keine Partei von dieser Position abrückt, wird das Verhandlungsergebnis nicht optimal ausfallen. Entweder bekommt der Stärkere die ganze Frucht oder die Parteien einigen sich darauf, die Frucht zu teilen.

Vertreter des interessenbasierten Ansatzes schlagen vor, dass die beiden Parteien nicht einfach ihre Positionen – ich will die Orange –, sondern ihre zugrundeliegenden Interessen klar identifizieren und artikulieren. Interessen werden dabei als der Grund definiert, «warum und für welchen Zweck ich etwas möchte». Beim genannten Beispiel wird eine der beiden Seiten möglicherweise erklären, dass sie die Orangenschale zum Backen eines Kuchens braucht, während die andere Seite Orangensaft auspressen möchte. Auf der Ebene der Interessen lässt sich so eine Lösung finden, die für beide Seiten vorteilhaft und akzeptabel ist.

Im wahren Leben liegt die Lösung meist nicht derart offensichtlich auf der Hand. Doch die Erfahrung zeigt, dass Verhandlungen auf der Grundlage von Interessen und nicht von Positionen das Potential zur Deeskalation von Konflikten bieten und für grössere Zufriedenheit un-

5 Mediation wird verstanden als ein «[...] *process involving the creation of social spaces between divided groups, as opposed to a process lodged in the work of an individual or small team.*» Lederach, Jean-Paul. Building Mediative Capacity in Deep-Rooted Conflict. In: *The Fletcher Forum of World Affairs* 26 (2002), Nr. 1, S. 91–101.

6 Fisher, Roger/Ury, William. *Getting to Yes: Negotiating Agreement Without Giving In*. New York: Penguin Books, 1983.

ter den beteiligten Parteien sorgen.<sup>7</sup> Cheryl Piccard hat das Konzept der Interessen genauer definiert. Sie unterscheidet zwischen Sorgen, Hoffnungen, Erwartungen, Annahmen, Prioritäten, Glaubenssätzen, Ängsten und Werten.<sup>8</sup> Um die einer Position zugrundeliegenden Interessen zu definieren, ist es deshalb hilfreich, das Gesamtpaket der Interessen in seine Einzelteile zu zerlegen. Das Ziel von interessenbasierten Verhandlungen ist es, eine Lösung zu finden, die den Mindestanforderungen aller Parteien entspricht. Eine solche Lösung wird als «Kompromiss» bezeichnet.

Zweitens zeichnet sich Mediation dadurch aus, dass nicht alleine die Inhalte, sondern auch die Prozesse im Vordergrund stehen.<sup>9</sup> Mediatoren gestalten den Prozess, in dem Menschen miteinander verhandeln, sie bestimmen Dinge wie die Sitzordnung und achten darauf, dass Fairness gewahrt wird. Die inhaltliche Entscheidungsfindung überlassen sie jedoch den verhandelnden Parteien. Sie geben nicht von aussen Lösungen vor, sondern sorgen für mehr Autonomie der Akteure und schaffen gute Rahmenbedingungen für Verhandlungsprozesse. So erhöhen sie die Chancen auf eine legitime und nachhaltige Lösung. Gleichzeitig erhöht die Tatsache, dass der Prozess kontrolliert wird, die Chance auf einen gewaltfreien Umgang mit dem Konflikt.

Dennoch sind auch dem Raum für Verhandlungen und Mediation Grenzen gesetzt. Folgende Faktoren erschweren die Erfolgsaussichten von mediativen Ansätzen:

*Politisierung und Macht:* Politisierung<sup>10</sup> bezeichnet den Prozess, durch den ein Thema zum Gegenstand des öffentlichen Interesses wird. Dies ist nicht per se negativ; häufig werden Themen in die politische Diskussion eingebracht, die eine gesellschaftliche Auseinandersetzung erfordern. Die Politisierung eines Themas kann aber auch durch persön-

- 7 Bowling, Daniel/Hoffman, David A. *Bringing Peace into the Room: The Personal Qualities of the Mediator and Their Impact on the Mediation*. In: *Negotiation Journal* 16 (2000), Nr. 1, S. 5–28.
- 8 Piccard, Cheryl A. *Mediating Interpersonal & Small Group Conflict*. Ottawa: Golden Dog Press, 2002.
- 9 Moore, Christopher. *The Mediation Process: Practical Strategies for Resolving Conflict*. San Francisco: Jossey-Bass Publishers, 1996.
- 10 Emmers, Ralf. *Securitization*. In: Collins, Alan. (Hrsg.) *Contemporary Security Studies*. Oxford, New York: Oxford University Press 2007, S. 109–126.

liche oder parteipolitische Ziele wie das Erringen von Wählerstimmen motiviert sein. Aus der Perspektive der Mediation ist eine Politisierung immer dann problematisch, wenn ein Thema zu Profilierungszwecken instrumentalisiert wird. In diesen Fällen geht es nicht länger um die konkreten Inhalte, sondern um die Konfrontation «Wir» gegen «die Anderen». Diese Form der Politisierung kann Spannungen verstärken.

Politisierung und Verhandlungen werden ausserdem von Macht- und Wissensasymmetrien der involvierten Akteure beeinflusst. Der mächtigere Akteur wird sich tendenziell gegen Verhandlungen wehren, die auf Kompromisse abzielen, da es seinen Interessen dient, den Diskurs zu dominieren. Macht ist jedoch eine relative Grösse. Oft wird die schwächere Partei versuchen, Verbündete für ihre Sache zu gewinnen und so ihr Gewicht zu erhöhen. Darüber hinaus lässt sich nachweisen, dass einer der Schlüsselfaktoren für die Machtkonstellation auf der Frage basiert, was die jeweilige Partei als ihre beste Alternative zu einer ausgehandelten Vereinbarung (*Best Alternative to a Negotiated Agreement*, BATNA)<sup>11</sup> erachtet. Beurteilt eine Verhandlungspartei die Alternative im Vergleich zum potentiellen Verhandlungsergebnis als bessere Option, ist es wahrscheinlich, dass sie gar nicht erst auf Verhandlungen eingeht.

*Kulturalisierung*: Kulturalisierung wird in diesem Kontext als Prozess definiert, in dem kulturelle<sup>12</sup> Unterschiede als Instrument gegen die jeweilige andere Partei verwendet werden, auch wenn die kulturellen Unterschiede nicht die eigentliche Ursache für den Konflikt darstellen.<sup>13</sup> Neben der Kulturalisierung kann es auch zu Spannungen aufgrund unterschiedlicher Wertesysteme kommen. In solchen Fällen können Verhandlungen zwar nicht die Werte als solche verändern, sie können aber

11 Fisher/Ury. *Getting to Yes*, S. 97.

12 Avruch definiert Kultur als «*Socially inherited, shared, and learned ways of living possessed by individuals by virtue of their membership in social groups.*» Avruch, Kevin. *Cross-Cultural Conflict. In: Conflict resolution.* In: Hipel, Keith William (Hrsg.), *Encyclopedia of Life Support Systems (EOLSS)*. Oxford: Eolss Publishers, 2004. <http://www.eolss.net/ebooks/Sample%20Chapters/C14/E1-40-01-01.pdf>.

13 Fechner, Bernd. *Dialog der Anerkennung. Möglichkeiten und Grenzen der Mediation bei «interkulturellen» Konflikten in der Schule.* In: Kloeters, Ulrike/Lüddecke, Julian/Quehl, Thomas (Hrsg.). *Schulwege in die Vielfalt. Handreichung zur interkulturellen und antirassistischen Pädagogik in der Schule.* Frankfurt: ARIC-NRW, 2003, S. 103–148.

dazu beitragen, konkrete Fragen, die sich aus den Differenzen ergeben, auf pragmatische Art und Weise zu lösen.

*Nutzung rechtlicher Mittel:* Rechtsmittel sind unerlässlich für die Schaffung eines vorhersehbaren und «gerechten» Rahmens. Sie dienen insbesondere auch dem Schutz der schwächeren Partei. Nicht immer sind Rechtsmittel jedoch der ideale Weg, um Konflikte zu lösen. Teilweise sind Rechtsverfahren kontraproduktiv, da sie häufig zu «Gewinner-Verlierer»-Konstellationen führen. Interessenbasierte Verhandlungen hingegen zielen stärker darauf ab, für beide Seiten akzeptable Ergebnisse zu erzielen. Auch solche Verhandlungen finden jedoch nicht in einem rechtlichen Vakuum statt. Alle Entscheidungen müssen entweder mit dem bestehenden Rechtsrahmen kompatibel sein oder zur Folge haben, dass politische Prozesse eingeleitet werden, um die betreffenden Gesetze zu ändern.

## 2 DIE DÄNISCHE KARIKATURENSERIE «DAS GESICHT MOHAMMEDS»

Noch bevor die Zeitung *Jyllands-Posten* im September 2005 die Darstellungen des Propheten Mohammed veröffentlichte, die den Karikaturenstreit auslösten, hatte es in Dänemark eine öffentliche Debatte über Zuwanderung, Meinungsfreiheit und Selbstzensur gegeben. Ein dänischer Autor hatte sich darüber beschwert, dass aus Angst vor gewaltsamen Repressalien kein Zeichner dazu bereit war, sein Kinderbuch über Mohammed zu illustrieren. In diesem Zusammenhang rief die Zeitung *Jyllands-Posten* einen Verband dänischer Karikaturisten dazu auf, sich grafisch mit diesem Thema auseinanderzusetzen.<sup>14</sup> Zwölf Karikaturen wurden eingesandt. Zwei Cartoons stellten Mohammed negativ dar: Ein Karikaturist zeichnete Mohammed mit einem Turban in Form einer Bombe, ein anderer porträtierte den Propheten als Attentäter.<sup>15</sup>

14 Pipes, Daniel/Khader, Naser/Flemming Rose. Reflections on the Danish Cartoon Controversy. In: *Middle East Quarterly* 14 (2007), Nr. 4, S. 59–66; Flemming, Rose. Why I Published Those Cartoons. In: *The Washington Post*, 19. Februar 2006.

15 Brinch, Jannik. The Cartoonist: The reason for the bomb in the turban. In: *Jyllands-Posten*, 28. Februar 2006.

Die Veröffentlichung der Karikaturen führte zu grosser Empörung unter den Muslimen in Dänemark. Rund 5 000 Personen gingen aus Protest auf die Strasse. Eine Gruppe von dänischen Imamen wandte sich an elf Botschafter muslimischen Glaubens in Dänemark und rief sie dazu auf, beim dänischen Premierminister Anders Fogh Rasmussen Beschwerde einzulegen. Die Botschafter beschwerten sich daraufhin in einem Brief an Rasmussen über die Karikaturen sowie über eine Reihe rassistischer Bemerkungen, die Mitgliedern des dänischen Parlaments zugeschrieben wurden: Muslime wurden in diesen Äusserungen mit «Krebsgeschwüren» verglichen und der Ruf nach dem Kampf gegen die «mittelalterliche Kultur des Islam» wurde laut. Weiter warnten die Botschafter in dem Brief vor möglichen Reaktionen muslimischer Gemeinschaften in Europa und muslimischer Staaten. Sie riefen Rasmussen dazu auf, die Verantwortlichen im Rahmen des dänischen Rechtsstaats zur Rechenschaft zu ziehen. Zudem baten sie ihn dringend um ein Gespräch.<sup>16</sup> Rasmussen verweigerte ein Treffen mit den Botschaftern und äusserte sich lediglich in einem kurzen Antwortschreiben. Darin betonte er die Meinungsäusserungsfreiheit und unterstrich, dass die dänische Regierung keinerlei Einfluss auf die Presse nehmen könne.<sup>17</sup>

Daraufhin reisten einige der Imame und Botschafter in verschiedene muslimische Staaten.<sup>18</sup> Im Gepäck hatten sie eine Pressemappe mit Zeitungsausschnitten, aber auch weitere obszöne Darstellungen, die den

16 Letter to His Excellency, Mr. Anders Fogh Rasmussen, Prime Minister, Kingdom of Denmark, from the Ambassadors and Chargés d'Affaires of Turkey, Saudia Arabia, Iran, Pakistan, Indonesia, Egypt, Algeria, Bosnia & Herzegovina, Libya, Morocco, and the Palestinian General Delegation, 12. Oktober 2005. <http://www.rogerbuch.dk/jpabrev.pdf>. Vgl. auch: The Cartoon Crisis – and why the Danish Prime Minister Should Resign. In: *Politiken*, 23. Februar 2006. <http://www.panhumanism.com/articles/2006-01.php>.

17 Official response to ambassadors from A.F. Rasmussen, 21. Oktober 2005. <http://gfx-master.tv2.dk/images/Nyhederne/Pdf/side3.pdf>.

18 Ammitzbøll, Pernille/Vidino, Lorenzo. After the Danish Cartoon Controversy. In: *Middle East Quarterly* 14 (2007), Nr. 1, S. 3–11; Prophet cartoon issue taken up abroad. In: *The Copenhagen Post*, 13. Oktober 2005.

Imamen vermutlich in beleidigender Absicht zugesandt worden waren.<sup>19</sup> Die Organisation der Islamischen Konferenz äusserte sich besorgt über den zunehmenden Hass gegen den Islam und die Muslime.<sup>20</sup> Einige westliche Regierungen versuchten daraufhin, die Situation mit Äusserungen über das Recht zur Veröffentlichung und die Verantwortung, dies nicht zu tun, zu beruhigen. Dies wiederum sorgte für Reaktionen aus den Reihen der Verfechter der Pressefreiheit. Die Karikaturen wurden im Januar 2006 ein zweites Mal in den Niederlanden, in Belgien und Skandinavien und im Februar 2006 in Frankreich, Deutschland, Italien und Spanien veröffentlicht.<sup>21</sup>

Vier Monate nach der Erstveröffentlichung entschuldigte sich *Jyllands-Posten* – allerdings nicht für die Veröffentlichung, sondern dafür, möglicherweise aufgrund kultureller Missverständnisse Muslime beleidigt zu haben.<sup>22</sup> In einer vorangegangenen Untersuchung hatte der dänische Gerichtshof keinerlei Anhaltspunkte für den Vorwurf gefunden, dass es sich bei den Karikaturen um einen Straftatbestand handle.<sup>23</sup> Nach der erneuten Publikation der Karikaturen im Februar 2006 ging ein Aufschrei durch die muslimische Welt. In vielen Ländern fanden Massendemonstrationen statt, was in einigen Fällen zu Gewalt und Todesfällen führte. Dänische, französische und norwegische Flaggen wurden verbrannt, manchmal aber auch – vermutlich aufgrund ihrer Ähnlichkeit mit der dänischen – die schweizerische Flagge. Saudi-Arabien, Kuwait und andere Staaten des Nahen Ostens riefen zu einem Verbrau-

- 19 Those Danish Cartoons. In: *The New York Times*, 7. Februar 2006. [http://www.nytimes.com/2006/02/07/opinion/07tue2.html?\\_r=1&pagewanted=print&coref=slogin](http://www.nytimes.com/2006/02/07/opinion/07tue2.html?_r=1&pagewanted=print&coref=slogin); Human Rights Watch. *Questions and answers on the Danish cartoons and Freedom of Expression*, 15. Februar 2006. <http://www.hrw.org/english/docs/2006/02/15/denmar12676.htm>; Ammitzbøll/Vidino, *After the Danish Cartoon Controversy; What the Muhammad cartoons portray*. In: *BBC News*, 9. Februar 2006. [http://news.bbc.co.uk/2/hi/middle\\_east/4693292.stm](http://news.bbc.co.uk/2/hi/middle_east/4693292.stm).
- 20 Human Rights Watch. *Questions and answers*.
- 21 Reynolds, Paul. Cartoons: Divisions and inconsistencies. In: *BBC News*, 13. Februar 2006. <http://news.bbc.co.uk/2/hi/asia-pacific/4708216.stm>.
- 22 Juste, Carsten. Honourable Fellow Citizens of the Muslim World. In: *Jyllands-Posten*, 8. Februar 2006. <http://jp.dk/udland/article177649.ece>.
- 23 Muhammad newspaper cartoon acquitted. In: *The Copenhagen Post*, 26. Oktober 2005; Cartoon newspaper off racist hook. In: *The Copenhagen Post*, 3. November 2005.

cherboykott auf.<sup>24</sup> Am 3. Februar 2006 gab die dänische Regierung, die sich bis dahin mehr oder weniger in Schweigen gehüllt hatte, eine Erklärung ab, in der sie zu Ruhe aufrief und betonte, die Drohungen gegenüber Dänemark seien unhaltbar. Zudem wies sie darauf hin, dass es viele Fehlinformationen gegeben habe.<sup>25</sup> Insgesamt gab es sowohl in Europa, als auch in den muslimischen Ländern verschiedene Versuche zur Deeskalation des Konflikts, darunter auch Mediationsversuche.<sup>26</sup>

Am 12. Februar 2008, nach einer relativ langen Ruhephase, wurden die Karikaturen erneut in grossen Tageszeitungen in Dänemark, Schweden und Spanien abgedruckt – als Reaktion auf einen angeblichen Attentatsversuch auf den Karikaturisten Kurt Westergaard.<sup>27</sup> Dies führte zu erneuter Aufruhr unter den Muslimen, besonders in Pakistan, im Gazastreifen und in Dänemark.<sup>28</sup> Am 2. Juni 2008 wurde ein Selbstmordanschlag auf die dänische Botschaft in Pakistan verübt – zwei Jahre nach der Erstveröffentlichung der Karikaturen.<sup>29</sup> Der Oberste Gerichts-

24 Zand, Bernhard. The Cartoon Wars: the Inciters and the Incited. In: *Der Spiegel*, 13. Februar 2006. [www.spiegel.de/international/spiegel/0,1518,400519,00.html](http://www.spiegel.de/international/spiegel/0,1518,400519,00.html).

25 Rede von Aussenminister Dr. Per-Stig Moeller, Dänische Botschaft in Islamabad, 3. Februar 2006.

26 Unter anderem gab es folgende Mediationsversuche: ein von arabischen und europäischen Intellektuellen am 9. Februar 2006 veröffentlichter Aufruf («Pariser Aufruf»); eine Mediationsinitiative in Genf am 13. Februar 2006, die von der *Cordoba Foundation* begleitet wurde; eine Konferenz zur Förderung des religiösen und kulturellen Dialogs in Kopenhagen am 10. und 11. März 2006; ein Kongress über die Krise in Bahrain; ein durch das *Aljazeera Center for Studies* im Mai 2006 organisiertes Forum zum Thema «Islam und der Westen: für eine bessere Welt».

27 Ryan, Rosalind. Danish newspapers reprint Muhammad cartoon. In: *The Guardian*, 13. Februar 2008. <http://www.guardian.co.uk/world/2008/feb/13/muhammadcartoons>.

28 Bei den Unruhen in Pakistan wurden Autos, Kinos, westliche Fastfood-Ketten und mehrere diplomatische Vertretungen in Brand gesetzt. Damit protestierten die Demonstranten gegen die Entscheidung mehrerer westlicher Zeitungen, die Karikaturen nachzudrucken und gegen den vor der Neuerscheinung stehenden Kurzfilm «*Fitna*» des umstrittenen niederländischen Politikers Geert Wilders. Ali, Farhana. Danish cartoons dooms us all. In: *Universal Press International*, 21. März 2008. [http://www.upi.com/Top\\_News/Special/2008/03/21/Outside-View-Danish-cartoons-doom-us-all/UPI-69121206110137/](http://www.upi.com/Top_News/Special/2008/03/21/Outside-View-Danish-cartoons-doom-us-all/UPI-69121206110137/); Muslims March Against Reprinting of Danish Newspaper Cartoons Depicting Muhammad. In: *FOX News*, 15. Februar 2008.

29 Eine *al-Qaida*-Zelle in Afghanistan bekannte sich zu den Bombenanschlägen und erklärte, mit den Angriffen habe man der Forderung Osama bin Ladens nach Vergeltung für den Nachdruck der Karikaturen Rechnung tragen wollen. **Danish court rejects defamation lawsuit over cartoons.** In: *International Herald Tribune*, 19. Juni 2008. <http://www.iht.com/articles/2008/06/19/europe/islam.php>.

hof Dänemarks wies am 19. Juni 2008 eine Klage wegen Verleumdung und übler Nachrede zurück, da die Richter keine Hinweise darauf fanden, dass die Karikaturen im Jahr 2005 in der Absicht veröffentlicht worden waren, Muslime als Kriminelle und Terroristen darzustellen. Der Gerichtshof hielt darüber hinaus fest, dass im Namen des Islam terroristische Anschläge verübt worden seien und es nach dänischem Recht nicht illegal sei, diesen Tatbestand mit satirischen Zeichnungen zu verdeutlichen.

Die Veröffentlichung der Karikaturen führte zur grössten internationalen Krise in Dänemark seit dem Zweiten Weltkrieg.<sup>30</sup> Ihre Ausläufer reichen bis in die Gegenwart. Im Januar 2010 scheiterte der Mordanschlag eines Somaliers auf Westergaard in dessen Wohnung.<sup>31</sup> Auf der anderen Seite gab es aber auch konstruktive Massnahmen, welche auf das Potential von mediativen Ansätzen hindeuten: Im Jahr 2010 einigten sich die Zeitung *Politiken* und eine Gruppe von Muslimen aussergerichtlich auf ein «freundschaftliches Verständnis und Abkommen». *Politiken* entschuldigte sich dabei für unbeabsichtigte Beleidigungen der Muslime.<sup>32</sup> Das Abkommen wurde in einer gemeinsamen Pressemeldung publik gemacht.<sup>33</sup>

### *Reaktionen und Beweggründe*

Beim Thema Immigration hatte sich der Ton in der dänischen Politik bereits in den Jahren 2001 bis 2005 erheblich verschärft. Die Immigrationsfrage wurde zunehmend politisiert, und rassistische Bemerkungen in Medien und Politik wurden mehr und mehr akzeptiert. So wurde beispielsweise das dänische Schimpfwort «*Perker*» für Dänen mit Migrationshintergrund gebräuchlich. Der Gebrauch dieses Wortes wäre noch

30 Ammitzbøll/Vidino, *After the Danish Cartoon Controversy*, S. 3–11.

31 Somali attacks Mohammed cartoonist. In: *Politiken*, 2. Januar 2010. <http://politiken.dk/newsinenglish/article871593.ece>.

32 Vgl. *Politiken*, 26. Februar 2010. <http://politiken.dk/debat/fakta/article910939.ece>.

33 Joint press release about the Prophet Mohammed Cartoon Drawing. In: *Politiken*, 26. Februar 2010. <http://politiken.dk/debat/fakta/article910932.ece>. Die Gruppe repräsentierte muslimische Organisationen mit 94 923 Mitgliedern aus Ägypten, Libyen, Katar, Australien, Jordanien, Saudi-Arabien, Libanon und Palästina.

in den 1990er Jahren undenkbar gewesen. Die nach der Erstveröffentlichung der Karikaturen in Dänemark stattfindenden Demonstrationen wurden vor allem von Muslimen organisiert, sie wurden jedoch auch von zahlreichen anderen Dänen unterstützt, denen die provokative Politisierung des Themas zu weit ging. Die Internationalisierung des Problems, die weltweit eine zweite Welle an Protesten ausgelöst hatte, wurde von den Imamen initiiert, obwohl die Mehrheit der muslimischen Gemeinschaft in Dänemark nicht hinter deren Vorhaben stand. Die Internationalisierung der Debatte war auch Teil eines internen Machtkampfs unter den islamischen Organisationen in Dänemark.<sup>34</sup>

Die dänische Gesellschaft kennt eine lange Tradition der Satire. Der karikierende Umgang mit Problemen und Personengruppen geniesst hohe Akzeptanz. Religion und die Achtung religiöser Werte werden nicht als mit der Meinungsfreiheit im Widerspruch stehend empfunden. Und in einem freiheitlich-demokratischen Staat wie Dänemark hat die dänische Regierung wenig bis gar keine Kontrolle über die Medien- und Presseorgane, die dadurch einen relativ grossen Einfluss auf die Gesellschaft ausüben. Das Verhalten der dänischen Regierung in der Krise war in mancherlei Hinsicht von politischen Interessen geleitet. Die Regierung konnte es sich nicht leisten, dem Druck muslimischer Interessengruppen nachzugeben und beispielsweise die Pressefreiheit einzuschränken. Erstens wäre dies von der Bevölkerung als Eingriff in ihre demokratischen Grundwerte empfunden worden. Zweitens wäre dies von all denjenigen, die das Recht zu kritisieren, zu hinterfragen und seine Meinung zu äussern von jeher beschränken wollten, als Geste der Aufmunterung wahrgenommen worden. Drittens bestand die damalige Regierung aus einer Koalition der Liberalen Partei und der Konservativen Partei, die von der nationalistischen Dänischen Volkspartei unterstützt wurde. Letztere hätte einer Zensur oder der Kritik an anti-muslimischen Äusserungen in den Medien niemals zugestimmt. Nach Ansicht der Dänischen Volkspartei durften diese Aussagen auch keinesfalls mit Rassismus gleichgesetzt werden, sondern mussten als «völlig

34 Email to Simon Mason from Stine Lehmann-Larsen, 2. Mai 2010. Siehe auch: Lehmann-Larsen, Stine. One group's folly doesn't represent an entire country. A Danish perspective on recent events concerning the Muslim World. In: *Daily News* (Ägypten), 5. November 2006. <http://www.dailystaregypt.com/article.aspx?ArticleID=3777>.

normale, alltägliche Haltungen verstanden werden, die Dänen jeden Tag äussern». <sup>35</sup> Hochrangige Mitglieder der Dänischen Volkspartei wurden jedoch wegen rassistischer Äusserungen angeklagt und vom Dänischen Obersten Gericht für schuldig befunden. <sup>36</sup>

Aufseiten der Muslime dominierten zwei Arten von Reaktionen auf die Karikaturen: Die einen empfahlen, das Verhalten schlichtweg zu ignorieren, da jede Reaktion kostenlose Publizität für die umstrittenen Darstellungen bedeute. Die anderen argumentierten, dass die Muslime eine starke und geschlossene Haltung zeigen müssten, um zu signalisieren, dass diese «Beleidigungen» inakzeptabel seien. Letztere sprachen sich zudem für legale Mittel wie wirtschaftlichen Boykott, friedliche Demonstrationen oder Petitionen aus. Offenkundig gibt es jedoch immer Minderheiten, die dazu neigen, sich mit gewaltsamen Mitteln an solchen Protesten zu beteiligen.

Während des dänischen Karikaturenstreits überwog die zweite Reaktionsweise, da bereits viele Muslime im Zusammenhang mit der Thematik politisiert und mobilisiert worden waren. Viele der protestierenden Muslime bekamen die Karikaturen allerdings gar nie zu Gesicht. Unterstützt wurden sie von staatlichen Akteuren, von politischen und religiösen Verbänden sowie von weiteren Vertretern der Zivilgesellschaft, die zwar die Ansichten der breiten Masse teilten, jedoch nicht notwendigerweise auch deren Interessen und Bedürfnisse.

Die Intensität und das Ausmass der Proteste in der muslimischen Welt lassen sich nicht allein mit der Manipulation der jeweiligen Bevölkerungen durch staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure erklären. Vielmehr sind zwei Hauptgründe für die breite Mobilisierung verantwortlich: Erstens fühlten sich zahlreiche Muslime durch die Karikaturen zutiefst in ihrem Glauben verletzt – und der Schutz des Glaubens nimmt innerhalb der Liste der grundlegenden Anforderungen des islamischen Rechts oberste Priorität ein. Hinzu kam zweitens die emotionale Komponente, die im kollektiven Bewusstsein der Muslime an den Status des Propheten Mohammed geknüpft wird. Auch nicht religiös gesinnte Muslime empfanden die Karikaturen als respektlos gegenüber

35 Racism ruling. In: *The Copenhagen Post*, 20. Juni 2003.

36 Lehmann-Larsen, *One group's folly doesn't represent an entire country*.

ihrer Kultur. Diese zwei Gründe sollen nachfolgend genauer erläutert werden.

Die Sammlung von zwölf Zeitungskarikaturen sorgte deshalb für so viel Aufsehen, weil darin aus Sicht der Muslime in konzentrierter Form die Missachtung und Aggression zum Ausdruck kam, unter welchen die muslimischen Gemeinschaften zu leiden hatten. In ein paar flüchtigen Skizzen waren alle Vorurteile versammelt, die nach Ansicht der Muslime in der westlichen Welt über die islamische Religion propagiert werden: Legitimation für Terrorismus, Frauenfeindlichkeit, Fanatismus etc. Dies schürte unter den Muslimen den Eindruck, dass ihre Gefühle im öffentlichen Diskurs im Westen ungenügend berücksichtigt wurden. Das Gefühl der ungerechten Behandlung ist in muslimischen Gesellschaften tief verwurzelt, und es herrscht der Eindruck vor, dass die Gemeinschaft der Muslime, die «Umma», von allen Seiten und Parteien

**«Die Karikaturen sorgten deshalb für so viel Aufsehen, weil darin aus Sicht der Muslime die Vorurteile des Westens gegenüber den Muslimen exemplarisch zum Ausdruck kamen.»**

belagert und angegriffen wird: militärisch (Afghanistan, Irak, Somalia, Tschetschenien), wirtschaftlich (Plünderung der Ölvorkommen und anderer Rohstoffe),

kulturell (die Einmischung des Westens in Bildungsprogramme zahlreicher muslimischer Länder) und in symbolischer Weise (die Diffamierung des Islam). In den Augen vieler Muslime kommt die ungerechte Behandlung im israelisch-palästinensischen Konflikt in der als einseitig empfundenen Unterstützung Israels durch westliche Länder besonders deutlich zum Ausdruck.

Hinzu kommt, dass die muslimischen Minderheiten in den westlichen Ländern zunehmend als schikanierte Gemeinschaften wahrgenommen werden, vor allem auch wegen der Anti-Terror-Massnahmen nach 9/11. Westlichen Regierungen wird vorgeworfen, repressive Diktaturen und korrupte Herrscher zu unterstützen, die für den Zerfall ihrer Staaten verantwortlich sind und den Aufbau funktionierender Demokratien in der Region verhindern. Ihnen wird eine Mitschuld an den

Menschenrechtsverletzungen und der materiellen und intellektuellen Armut der arabischen Welt unterstellt. Das aussenpolitische Verhalten der westlichen Länder in der arabischen Welt und die Tatsache, dass der Westen gleichzeitig die Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit und der Menschenrechte betont, werden in der muslimischen Welt als Widerspruch empfunden. Häufig angeführte Beispiele sind die bedingungslose Unterstützung der Regierungen Saudi-Arabiens und Ägyptens und die Nicht-Anerkennung der Wahlergebnisse in Algerien und Palästina.

In der muslimischen Welt besteht zudem die Wahrnehmung, «der Westen» messe mit zweierlei Mass, wenn es um die eigenen Werte und Prinzipien gehe. So hatte im April 2003 ein dänischer Karikaturist aufgefordert eine Reihe von Karikaturen von Jesus bei der Tageszeitung eingereicht, welche 2005 dann die Mohammed-Zeichnungen publizierte. Die Jesus-Karikaturen wurden von einem Redakteur der *Jyllands-Posten* mit der Begründung abgelehnt, dass er nicht glaube, dass sie bei den Lesern der Zeitung Gefallen finden würden und dass er bei einer Veröffentlichung einen Aufschrei des Protests befürchte.<sup>37</sup> Die Haltung des Redakteurs spiegelt die übliche Praxis der Presse wider<sup>38</sup> und führt zu der Frage, warum diese im Fall der Mohammed-Karikaturen nicht angewandt wurde.

### *Diskussion*

Die Regierung Dänemarks nahm weder die grundlegenden Interessen der verschiedenen Akteure ernst genug noch unterstützte sie gemeinsame Entscheidungsfindungsprozesse genügend. Die Regierung war zu involviert und zu sehr «Teil des Konflikts», um als Mediator agieren zu können. Mediative Ansätze wurden deshalb weitgehend ohne die Regierung vorangetrieben, wie im Folgenden dargestellt wird:

*Schwerpunkt auf den Interessen und Prozessen:* Der gemeinsame Entscheidungsfindungsprozess zwischen der Zeitung *Politiken* und einer Gruppe Muslime, welche im Jahr 2010 zu einem aussergerichtlichen

37 Reynolds, Paul. Cartoons: Divisions and inconsistencies. In: *BBC News*, 13. Februar 2006. <http://news.bbc.co.uk/2/hi/4708216.stm>.

38 Jenkins, Simon. These cartoons don't defend free speech, they threaten it. In: *The Sunday Times*, 5. Februar 2006.

Abkommen führte, ist ein gutes Beispiel dafür, wie mediative Prozesse zu für alle Seiten akzeptablen Lösungen führen können, wenn auf den Einsatz rechtlicher Mittel und eine gezielte Politisierung verzichtet wird. Wäre die Regierung im Konflikt unbefangener gewesen, hätte sie solche Prozesse bereits früher unterstützen können.

*Politisierung und Macht:* Der Premierminister von Dänemark und Vorsitzende der Liberalen Partei, Rasmussen, stand einer Mitte-Rechts-Regierung vor, die auf die Unterstützung der Dänischen Volkspartei angewiesen war. Hätte er sich zu Gesprächen mit den muslimischen Botschaftern bereit erklärt, wäre seine Koalition in Schwierigkeiten geraten, da es sich bei der Dänischen Volkspartei um eine Gruppierung handelte, die das Thema Zuwanderer und Islam für ihre Zwecke politisierte. Auf der anderen Seite konnten die Imame in Dänemark durch die Internationalisierung der Thematik ihre Macht teilweise ausweiten. Dies verdeutlicht, dass in einem solchen Konflikt meistens keine Gruppe, weder Muslime noch Nicht-Muslime, komplett unabhängig agiert. Vielmehr wird versucht, die eigene Position durch den Einbezug von Verbündeten zu festigen, wenn in einem vorgegebenen Kontext keine für beide Seiten akzeptable Lösung erreichbar scheint.

*Kulturalisierung:* Kulturelle Unterschiede schienen teilweise an der Wurzel des Karikaturenstreits zu liegen, da die Werte «Meinungsfreiheit» und «Respekt vor Religion» gegeneinander ausgespielt wurden. Doch ein Grossteil des Konflikts ist nicht auf unterschiedliche Grundwerte zurückzuführen. Einerseits ist der Konflikt auf die Kulturalisierung und Instrumentalisierung der dänischen Immigrationsdebatte zurückzuführen, innerhalb derer «Muslim» von der Dänischen Volkspartei als Kennzeichnung für den «Anderen» und den «Fremden» propagiert wurde. Andererseits war bei vielen Muslimen, in Dänemark wie auch international, schon vor dem Karikaturenstreit der Eindruck einer Respektlosigkeit des «Westens» gegenüber dem Islam vorhanden, womit die Karikaturen zwar das Fass zum Überlaufen brachten, jedoch nicht die eigentliche Ursache für den Konflikt darstellten.

*Nutzung rechtlicher Mittel:* Die Muslime in Dänemark nahmen Rechtsmittel in Anspruch, auch wenn dies bei der Bewältigung des Konflikts nicht zum Erfolg führte. Mitglieder der Dänischen Volkspartei wurden wegen rassistischer Äusserungen schuldig gesprochen, was

jedoch die Politik der Partei nicht gross zu beeinflussen schien. Konflikte um Emotionen, Werte und Symbolik lassen sich häufig nicht befriedigend mit rechtlichen Mitteln lösen.

### 3 DER NIEDERLÄNDISCHE FILM «FITNA»

Im November 2007 kündigte der niederländische Politiker Geert Wilders einen Kurzfilm an, der den Koran als ein «faschistisches Buch» entlarve, das die Menschen zu Mord aufrufe.<sup>39</sup> Der Film verursachte politische und gesellschaftliche Spannungen, jedoch weit weniger als im Fall des Karikaturenstreits. Der Film von Wilders und seine islamkritischen Ziele haben dessen politische Popularität wachsen lassen. Wilders und seine rechtspopulistische Partei für die Freiheit sind in den Parlamentswahlen 2010 mit 15 Prozent der Stimmen zur drittstärksten Partei geworden.<sup>40</sup> Wilders will den Koran in Holland verbieten und die Immigration aus muslimischen Staaten stoppen.<sup>41</sup> Zurzeit ist gegen Wilders immer noch eine Klage hängig, in welcher ihm vorgeworfen wird, sein Film schüre Hass und sei diskriminierend.<sup>42</sup>

Die Kontroversen um den Kurzfilm von Wilders erfolgten in einem politisch bereits polarisierten Kontext. 2002 war der Rechtspopulist Pim Fortuyn von einem niederländischen Tierschützer erschossen worden, der seine Tat damit begründete, er habe Fortuyn davon abhalten wollen, die Muslime als «Sündenbock» zu missbrauchen.<sup>43</sup> Im Jahr 2004 wurde der Filmemacher Theo van Gogh von einem niederländisch-marokkanischen Staatsbürger erschossen, nachdem er mit Ayaan Hirsi Ali den Film «*Submission*» gedreht hatte. Die in Somalia gebo-

39 EU ministers express concern about anti-Islam film. In: *ABC News*, 27. Januar 2008. <http://www.abc.net.au/news/stories/2008/01/27/2147371.htm>.

40 Haubrich, Rainer. Geert Wilders drängt in die Regierung. In: *Weltonline*, 11. Juni 2010. <http://www.welt.de/die-welt/politik/article7997842/Geert-Wilders-draengt-in-die-Regierung.html>.

41 Geert Wilders on the BBC: Video and Picture. In: *Geert Wilders Webblog*, 8. März 2010. <http://www.geertwilders.nl>.

42 Surge for Dutch anti-Islam Freedom Party. In: *BBC News*, 10. Juni. 2010. Siehe auch die Analyse von Geraldine Coughlan auf derselben Seite. <http://news.bbc.co.uk/2/hi/world/europe/10271153.stm>.

43 Fortuyn killed «to protect Muslims». In: *The Daily Telegraph*, 28. März 2003.

rene und nach Holland emigrierte Ayaan Hirsi Ali lebte nach der Ermordung van Goghs unter niederländischem Polizeischutz.<sup>44</sup> Der Titel des zehnminütigen Films «*Submission*» ist ein Wortspiel, das sich auf den Islam bezieht. Dieser fordert wörtlich die Unterwerfung (*submission*) unter Gott, während der Film jedoch die «Unterwerfung der Frauen» in muslimischen Ländern thematisiert und eine Schauspielerin mit transparentem Schleier zeigt, auf deren nacktem Körper Koransuren geschrieben stehen.

Wilders Vorhaben, einen islamkritischen Film zu drehen, sorgte nicht nur in der niederländischen Politik für Unruhe,<sup>45</sup> sondern auch in muslimischen Ländern wie Afghanistan, Iran oder Pakistan.<sup>46</sup> Die niederländische Regierung distanzierte sich umgehend von Wilders Projekt und erklärte, derartige «Provokationen» hätten in der niederländischen Tradition der Toleranz keinen Platz.<sup>47</sup> Darüber hinaus versuchte sie, Wilders von der Veröffentlichung des Films abzubringen.<sup>48</sup> Die Europäische Union äusserte ebenfalls Bedenken und stellte fest, dass erneute Spannungen mit den Muslimen nicht nur für die Niederlande, sondern auch für andere EU-Staaten schwerwiegende Auswirkungen haben könnten.<sup>49</sup> Andere internationale Reaktionen auf «*Fitna*» bestanden in der Verurteilung durch die Uno und den Generalsekretär der Nato,<sup>50</sup>

44 Hirsi Ali, Ayaan. *Infidel*. New York: Free Press, 2007.

45 Dutch protests against Islam film. In: *BBC News*, 22. März 2008. <http://news.bbc.co.uk/2/hi/europe/7309838.stm>.

46 Dutch Islam film «nearly ready». In: *BBC News*, 28. Februar 2008. <http://news.bbc.co.uk/2/hi/europe/7268618.stm>.

47 EU ministers express concern about anti-Islam film. In: *ABC News*, 27. Januar 2008.

48 Dutch Islam film «nearly ready». In: *BBC News*, 28. Februar 2008.

49 Dutch Ministry of Foreign Affairs. *European Union supports Dutch government's standpoint on Fitna*. 29. März 2008.

50 Uno-Generalsekretär Ban Ki-Moon bezeichnete «*Fitna*» als «*offensively anti-Islamic*», zitiert in: Indonesia bans «anti-Islam» film. In: *BBC News*, 1. April 2008. <http://news.bbc.co.uk/2/hi/asia-pacific/7323984.stm>. Der damalige Nato-Generalsekretär Jaap de Hoop Scheffer fürchtete, dass die Ausstrahlung des Films negative Folgen für die in Afghanistan stationierten Truppen haben könnte. Nato fears over Dutch Islam film. In: *BBC News*, 3. März 2008. [http://news.bbc.co.uk/2/hi/south\\_asia/7274259.stm](http://news.bbc.co.uk/2/hi/south_asia/7274259.stm).

in mehreren *Fatwas*<sup>51</sup> gegen Geert Wilders<sup>52</sup> und in Versuchen vonseiten südostasiatischer und muslimischer Staaten, den Film zu zensieren oder zu verbieten.<sup>53</sup> Die Reaktionen waren allerdings auch hier wieder gespalten: Während gewisse muslimische Organisationen und politische Parteien zum Boykott niederländischer Produkte aufriefen,<sup>54</sup> mahnten zahlreiche andere islamische Verbände die Muslime in den Niederlanden dazu, Ruhe zu bewahren und sich nicht provozieren zu lassen.<sup>55</sup>

Am 27. März 2008 wurde Wilders Film *«Fitna»*<sup>56</sup> veröffentlicht. Dabei handelte es sich um einen 16-minütigen Film, der den Islam als Feind der Freiheit porträtiert.<sup>57</sup> Wilders zufolge thematisierte der Film jedoch weniger die Muslime als den Koran und den Islam.<sup>58</sup> Seiner Meinung nach stellte der Islam eine Bedrohung für die westlichen Demokratien dar. Wilders postulierte, Europa stünde vor einem «Kampf der Kulturen» und die Zeit sei gekommen, im Namen der Verteidigung der Freiheit intolerant zu sein.<sup>59</sup> *«Fitna»* wurde im Internet publiziert, da sich keine niederländische Sendeanstalt bereit erklärte, den umstrittenen Film auszustrahlen.<sup>60</sup> Über sechs Millionen Menschen sahen den

- 51 Eine Fatwa ist ein Rechtsgutachten, welches die juristische Überzeugung eines einzelnen Gelehrten reflektiert und sich auf fremde und eigene Interpretationen der religiösen Texte abstützt.
- 52 Dutch Islam film website «shut». In: *BBC News*, 23. März 2008. <http://news.bbc.co.uk/2/hi/europe/7310439.stm>.
- 53 Gottlieb, Sebastian. Islamic countries want Dutch to ban Wilders movie. In: *Radio Netherlands*, 31. März 2008.
- 54 Traufetter, Gerald. Koranfeindliches Video veröffentlicht – Protest gegen Rechtspopulist Wilders. In: *Spiegel Online*, 27. März 2008. <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,543855,00.html>.
- 55 EU ministers express concern about anti-Islam film. In: *ABC News*, 27. Januar 2008.
- 56 Der arabischer Begriff *«Fitna»* kann mit Gottesurteil, Zwietracht oder Zerwürfnis übersetzt werden.
- 57 Es wurden Bilder der Bombenanschläge in London vom Juli 2005 und vom März 2004 in Madrid gezeigt, die mit Koransuren unterlegt wurden. Ebenfalls gezeigt wurden Bilder von einer Steinigung und von einer Enthauptung sowie Aufnahmen des niederländischen Regisseurs Theo van Gogh, der 2004 von einem niederländisch-marokkanischen Muslim ermordet worden war.
- 58 Dutch Islam film website «shut». In: *BBC News*, 23. März 2008.
- 59 Wilders, Geert, *Fitna: the movie*. <http://www.themoviefitna.com/fitna-the-movie>.
- 60 Isherwood, Julian. Danish PM attacks Islam comments. In: *BBC News*, 19. März 2008. <http://news.bbc.co.uk/2/hi/europe/7304450.stm>.

Film.<sup>61</sup> Nur wenige Stunden nachdem der Film im Internet veröffentlicht worden war, kritisierte der niederländische Premierminister Jan Peter Balkenende in einer Presseerklärung, es sei «unverantwortlich», den Film zu zeigen.<sup>62</sup> Dieser setze zu Unrecht den Islam mit Gewalt gleich.<sup>63</sup>

Der Kurzfilm wurde von einer Mehrheit der Zuschauer und auch von vielen muslimischen Verbänden in den Niederlanden als weniger hetzerisch eingeschätzt als erwartet. Der Film sei abscheuerregend, zeige aber nichts Neues, lautete der Tenor. Befürchtungen hinsichtlich möglicher Ausschreitungen wurden damit zerstreut. Trotzdem reichten verschiedene Personen in den Niederlanden nach der Veröffentlichung eine offizielle Klage ein.<sup>64</sup> Experten stuften «*Fitna*» jedoch als in juristischem Sinne nicht diskriminierend ein.<sup>65</sup> Trotz der gemässigten Reaktionen auf den Film wurde die terroristische Bedrohungslage, die Anfang März 2008 im Vorfeld der Veröffentlichung aus Furcht vor nationalen oder internationalen Unruhen heraufgestuft worden war, weiterhin als «substanziell» eingeschätzt. Dies entsprach der zweithöchsten Alarmstufe in den Niederlanden.<sup>66</sup>

61 Wilders, Geert, *Fitna: the movie*.

62 Crouch, Gregory. A Dutch Antagonist of Islam Waits for His Premiere. In: *The New York Times*, 22. März 2008.

63 Dutch Ministry of Foreign Affairs. *Government's reaction to Wilders' film*. 27. März 2008. <http://www.minbuza.nl/en/news/newsflashes,2008/03/Government-s-reaction-to-Wilders-film.html>.

64 Moore, Molly. Online, a Violent View of Islam. In: *Washington Post*, 28. März 2008.

65 Clark, Andy. Relief over Dutch MP's anti-Islam film. In: *BBC News*, 28. März 2008. <http://news.bbc.co.uk/2/hi/europe/7318363.stm>.

66 «Substantial» Dutch terror risk. In: *BBC News*, 6. März 2008. <http://news.bbc.co.uk/2/hi/7281746.stm>.

## Diskussion

Das Verhalten der Regierung der Niederlande bei der Bewältigung des Konflikts unterschied sich deutlich vom Vorgehen der dänischen Regierung. Nachfolgend soll untersucht werden, inwiefern die niederländische Regierung versuchte, mediative Ansätze zu berücksichtigen.

*Schwerpunkt auf den Interessen und Prozessen:* Schon bevor der Film veröffentlicht wurde, distanzierte sich die niederländische Regierung unmissverständlich davon und nahm den Dialog mit Geert Wilders auf. Die Regierung befürchtete, der Film könne Hass schüren und den politischen und wirtschaftlichen Interessen der Niederlande schaden. Um die bereits festgefahrene Debatte über gegensätzliche Wertvorstellungen nicht noch zusätzlich anzuhetzen, vermied es die Regierung stets, den Schwerpunkt der Argumentation auf die Frage von Rechten und Freiheiten zu legen, sondern betonte vielmehr, dass

**«Die niederländische Regierung  
vermied eine Wertedebatte  
und forderte Dialog statt  
Provokation.»**

die Veröffentlichung eines derart anstössigen Werks unverantwortlich sei. Sie vermied eine Wertedebatte und forderte Dialog statt Provokation.<sup>67</sup> Indem sich die Regierung auf die Prozesse und die Kommunikation konzentrierte, stärkte sie die Idee eines Mittelwegs und bot muslimischen Gruppen weniger Argumente, das Problem politisch zu instrumentalisieren.

Nach Erscheinen von «*Fitna*» beschloss eine Mehrheit der muslimischen Gruppen sowohl in den Niederlanden als auch international, die Provokation zu ignorieren und die Auseinandersetzungen nicht weiter eskalieren zu lassen. Natürlich zogen diese Gruppen auch Lehren aus dem dänischen Karikaturenstreit: Sie wollten die negativen Auswirkungen einer Eskalation auf internationaler Ebene vermeiden und eine Instrumentalisierung durch muslimische Regierungen verhindern. Das respektvolle Verhalten der niederländischen Regierung wurde von einer Mehrheit der Muslime weltweit gewürdigt. Eine spezifische Reaktion auf die Veröffentlichung von «*Fitna*» war, dass einige muslimische Blog-

67 Verhagen, Maxime. Kommentar (in Arabisch). In: *aSharq alAwsa*, 30. März 2008.

ger «Anti-Fitna»-Filme produzierten und im Internet veröffentlichten.<sup>68</sup> Darunter befanden sich auch humoristische Beiträge, was zu einer Eskalation der Situation beitrug.

*Politisierung:* In den Niederlanden gehörte der politisierende Akteur – anders als in Dänemark die Dänische Volkspartei – nicht zur Regierung. Dies ermöglichte es der niederländischen Regierung, einen mediativen Ansatz zu verfolgen. Wilders gelang es zwar, das Thema Islam zu politisieren; dies hinderte die Regierung jedoch nicht daran, einen anderen Ansatz zu verfolgen und sich von Wilders zu distanzieren.

*Kulturalisierung:* Im Film «Fitna» wurden kulturelle Differenzen als Argument gegen «das Fremde» angeführt. Es wurden nicht spezifische Werte als Auslöser für einen spezifischen Konflikt benannt. Der Film suggerierte eine Verknüpfung von Terrorismus und dem wachsenden Bevölkerungsanteil der Muslime in den Niederlanden und unterlegte diese Passagen mit Koransuren. Dies zeigt, wie das Thema «Islam» durch Wilders instrumentalisiert wurde.

*Nutzung rechtlicher Mittel:* Ähnlich wie in Dänemark wurden auch in den Niederlanden rechtliche Mittel in Anspruch genommen. «Fitna» wurde jedoch juristisch bis jetzt nicht als diskriminierend bewertet, obwohl Wilders deswegen noch vor Gericht erscheinen muss. Trotzdem funktionierte die Eigenverantwortung der Medien in diesem Fall und der Film wurde nicht im Fernsehen ausgestrahlt.

#### 4 DIE SCHWEIZER VOLKSINITIATIVE «GEGEN DEN BAU VON MINARETTEN»

Die Initiative gegen den Bau neuer Minarette<sup>69</sup> wurde lanciert, nachdem es wegen verschiedener entsprechender Bauvorhaben, unter ande-

68 Vgl. beispielsweise den Film «Schism» des saudischen Bloggers Raed Al-Saeed. <http://blaise.blog.mongenie.com/index.php?idblogp=619477>. Ebenfalls «Beyond Fitna» der iranischen NGO *Islam & Christianity*. [www.ngoic.com](http://www.ngoic.com).

69 Momentan existieren in der Schweiz vier Minarette und 200 Gebetsstätten. Der muslimische Anteil an der Bevölkerung beträgt ca. fünf Prozent, d.h. rund 400 000 Personen. Für zusätzliche Informationen über Muslime in der Schweiz vgl. Haenni, Patrick/Lathion, Stéphane. *Les Minarets de la Discorde*. Religioscope & Infolio, 2009 sowie Gross, Andreas/Krebs, Fredi/Stohler Martin. *The Minaret Initiative: between Provocation and Confusion*. St-Ursanne: Editions Le Doubs, 2009.

rem in Wangen bei Olten,<sup>70</sup> in Langenthal und in Wil (SG), zu Spannungen gekommen war. Da die Gegner den Bau von Minaretten auf der Grundlage des bestehenden Baurechts nicht stoppen konnten, ergriffen sie am 1. Mai 2007 eine Initiative zur Änderung der Schweizer Bundesverfassung. Der Satz «Der Bau von Minaretten ist verboten» sollte in die Bundesverfassung aufgenommen werden. Die Initiative wurde vom «Egerkinger Komitee» organisiert. Dieses setzte sich aus Politikern der Schweizerischen Volkspartei (SVP) und der Eidgenössischen Demokratischen Union (EDU) zusammen.<sup>71</sup> Im Juli 2008 reichte die Bewegung rund 115 000 Unterschriften bei der Bundeskanzlei ein.<sup>72</sup>

Nach Aussage des Egerkinger Komitees symbolisieren Minarette ein religiös-politisches Machtsymbol, das den religiösen Frieden in der Schweiz bedroht und die Grundwerte der schweizerischen Bundesverfassung in Frage stellt.<sup>73</sup> Das Verbot von Minaretten, so das Komitee, sei ein symbolischer Akt, um die Islamisierung der Schweiz zu stoppen, darunter insbesondere die Ausbreitung der Scharia und den Aufruf zum Gebet, getreu dem Motto: «Kein Minarett, kein Muezzin, keine Scharia».<sup>74</sup> Kritikern, die eine Einschränkung der Religionsfreiheit durch die Initiative befürchteten, entgegneten die Initianten, ein Minarett habe keine religiöse Bedeutung, die Religion könne auch ohne

70 Der erste Minarett-Fall aus Wangen bei Olten ist beispielhaft. Der Türkische Kulturverein hatte am 10. Januar 2005 einen Bauantrag für die Errichtung eines sechs bis sieben Meter hohen Minaretts eingereicht. Nachdem der Antrag aus Verfahrensgründen auf Bezirksebene und auf kantonaler Ebene abgelehnt worden war, wurde die Genehmigung mit verschiedenen Auflagen am 12. Juli 2006 durch die Kantonsbehörden erteilt: Eine der Auflagen sah vor, dass es keinen Aufruf zum Gebet vom Minarett herab geben dürfe. Zusammen mit anderen Vertretern reichten die Bewohner der anliegenden Gebiete Beschwerde ein, die durch die Kantons- und Bundesinstanzen wanderte, am 4. Juli 2007 jedoch abgelehnt wurde (Tribunal federal, [T 0/2]1P.26/2007 /ggs, Urteil vom 4. Juli 2007 [http://jumpcgi.bger.ch/cgi-bin/JumpCGI?id=04.07.2007\\_1P.26/2007](http://jumpcgi.bger.ch/cgi-bin/JumpCGI?id=04.07.2007_1P.26/2007)). Im Januar 2009 wurde das Minarett gebaut.

71 Die SVP ist eine nationalkonservative Partei, welche die grösste Fraktion im nationalen Parlament stellt. Bei der EDU handelt es sich um eine kleine, konservativ-evangelische Partei.

72 Initiative gegen Minarette eingereicht. In: *Swissinfo*, 8. Juli 2008. [http://www.swissinfo.ch/ger/Initiative\\_gegen\\_Minarette\\_eingereicht.html?cid=6784116](http://www.swissinfo.ch/ger/Initiative_gegen_Minarette_eingereicht.html?cid=6784116).

73 Vgl. Wobmann, Walter. Ja zur Volksinitiative «Gegen den Bau von Minaretten», S. 3. [http://www.minarette.ch/pdf/Pressekonferenz-Votum\\_Wobmann.pdf](http://www.minarette.ch/pdf/Pressekonferenz-Votum_Wobmann.pdf). Wobmann ist Nationalrat der SVP aus Gretzenbach/SO und Vorsitzender des Egerkinger Komitees.

74 <http://www.minarette.ch>.

Minarette frei ausgeübt werden – und ohnehin hätten viele Moscheen kein Minarett.

Der Bundesrat, die Mehrheit des Parlaments, die Parteien der Mitte und der Linken, die Römisch-katholische Kirche, der Schweizerische Evangelische Kirchenbund, die Schweizerische Evangelische Allianz<sup>75</sup> und der Gesamtschweizerische Dachverband jüdischer Gemeinden<sup>76</sup> sprachen sich gegen die Initiative aus. Der Bundesrat führte für seine Empfehlung zur Ablehnung drei Gründe an: Erstens schränke die Initiative die Religionsfreiheit in diskriminierender Weise ein, da sie sich direkt und ausschliesslich gegen Muslime in der Schweiz wende. Zweitens stehe das Verbot zum Bau von Minaretten im Widerspruch zu anderen Bestimmungen der Bundesverfassung und verstosse gegen die Menschenrechtskonventionen, beispielsweise gegen die Religionsfreiheit und das Diskriminierungsverbot gemäss der Europäischen Menschenrechtskonvention und des Uno-Pakts über bürgerliche und politische Rechte (ICCPR II). Drittens sei die Initiative untauglich als Antwort auf Bedrohungen durch islamistisch-fundamentalistische Extremisten. Diese könnten zudem bereits im Rahmen des Bundesgesetzes über Massnahmen zur Wahrung der inneren Sicherheit überwacht werden. Darüber hinaus würde die Initiative religiösen Fanatikern eher Auftrieb verschaffen.<sup>77</sup>

Am 29. November 2009 wurde über die Initiative abgestimmt. Bei einer hohen Stimmbeteiligung von 53,4 Prozent wurde sie von 57,5 Prozent der Stimmbevölkerung befürwortet.<sup>78</sup> Das Ergebnis kam vermutlich selbst für die Befürworter der Initiative unerwartet. Noch am selben Tag gab der schweizerische Bundesrat eine Presseerklärung zu den Auswirkungen ab, die auch in arabischer Fassung auf der Webseite des Aussenministeriums erschien: «Die Schweizer Stimmbürgerinnen

75 Cimino Richard. Christian-Muslim relations: Swiss Evangelicals criticize minaret ban. In: *Religioscope*, 1. März 2010. [http://religion.info/english/articles/article\\_466.shtml](http://religion.info/english/articles/article_466.shtml).

76 <http://www.euronews.net/2009/11/19/minaret-debate-angers-swiss-muslims>; <http://de.euronews.net/2009/11/19/die-schweizer-minarettdebatte>.

77 Pressekonferenz des Bundesrates zur Volksinitiative «Gegen den Bau von Minaretten». Referat von Bundesrätin Widmer-Schlumpf vom 15. Oktober 2009. Bern, 15.10.2009. <http://www.ejpd.admin.ch/ejpd/de/home/dokumentation/red/2009/2009-10-15.html>.

78 Mayer, Jean-François. *Religioscope Analysis: A Majority of Swiss Voters Decide to Ban the Building of New Minarets*. In: *Religioscope Institute*, 1. Dezember 2009. [www.religion.info](http://www.religion.info).

und Stimmbürger sowie die Kantone haben die Volksinitiative «Gegen den Bau von Minaretten» mehrheitlich angenommen. Der Bundesrat respektiert diesen Entscheid. Damit wird der Bau neuer Minarette in der Schweiz verboten. Die vier bestehenden Minarette bleiben erhalten. Auch Moscheen können weiterhin errichtet werden. Musliminnen und Muslime in der Schweiz können ihren Glauben also wie bisher leben und allein oder gemeinsam mit anderen praktizieren.»<sup>79</sup>

Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf bezeichnete den Ausgang der Abstimmung als Ausdruck vorhandener Ängste in der Bevölkerung vor islamistisch-fundamentalistischen Strömungen. Sie hielt jedoch fest, dass der Bundesrat die Auffassung vertreten habe, dass ein Verbot der Errichtung neuer Minarette kein taugliches Mittel im Kampf gegen extremistische Bestrebungen sei, und forderte, dass der Dialog zwischen religiösen und gesellschaftlichen Gruppierungen und den Behörden fortgeführt und verstärkt werden müsse.<sup>80</sup>

### *Beweggründe*

Der VOX-Analyse<sup>81</sup> der eidgenössischen Abstimmung zufolge stimmte die politische Linke zu 80 Prozent «Nein» und die Rechte zu einem gleichen Prozentsatz «Ja». Den Schlüsselfaktor stellte die politische Mitte dar, die im Verhältnis 2:1 mit «Ja» stimmte. Drei Kantone aus der Romandie und ein Kanton aus der Deutschschweiz stimmten gegen das Verbot. Der Ja-Stimmen-Anteil war in den deutschsprachigen Teilen der Schweiz und im Tessin höher als in den französischsprachigen Kantonen. Menschen ohne Religionszugehörigkeit stimmten mehrheitlich gegen die Initiative. Zwischen den Geschlechtern gab es kaum Unterschiede beim Wahlverhalten. Das Hauptargument der Befürworter war, ein Zeichen gegen die Ausbreitung des Islam und des von ihm propagierten Gesellschaftsmodells zu setzen. Jede sechste Person stimmte als Reaktion auf die Diskriminierung der christlichen Kirchen in is-

79 EDA. Ja zur Volksinitiative «Gegen den Bau von Minaretten» Bern, 29. November 2009. <http://www.admin.ch/aktuell/00089/index.html?lang=de&msg-id=30430>.

80 Ebd.

81 Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 29. November 2009. [http://www.politrends.ch/abstimmungen/abstimmungsanalysen/vox-analysen/2009-11-29\\_VoxD.pdf](http://www.politrends.ch/abstimmungen/abstimmungsanalysen/vox-analysen/2009-11-29_VoxD.pdf).

lamischen Ländern für die Initiative. Nur 15 Prozent der Befürworter nannten spezifische Kritik an den Muslimen in der Schweiz als Grund für die Zustimmung. Die Abstimmung kann daher nicht als generelle Ablehnung der in der Schweiz lebenden Muslimen interpretiert werden. Die Gegner der Initiative begründeten ihr Nein vor allem mit der Einschränkung der von der Bundesverfassung garantierten Grundrechte, mit der Religionsfreiheit und mit der Ablehnung von Diskriminierung.

Die schwachen Gegenkampagnen der Mitte- und Linksparteien im Vorfeld der Abstimmung und das nahezu gänzliche Fehlen muslimischer Stimmen im gesamten Prozess waren ebenfalls Gründe für die Annahme der Initiative. Unterschiede gab es diesbezüglich jedoch zwischen den deutsch- und französischsprachigen Teilen der Schweiz. In der Romandie gab es eine aktive Debatte über die Ästhetik von Minaretten und die Frage, ob sie ins jeweilige Ortsbild passen würden. In der deutschsprachigen Schweiz hingegen drehte sich die Debatte gar nicht um das Minarett als solches. Es wurden vielmehr verschiedene Themen wie beispielsweise die Gewalt von Jugendlichen aus dem Balkan mit dem Symbol des Minaretts verknüpft. Die Plakate der SVP, welche in einigen Orten verboten wurden, schürten ebenfalls die Angst vor der Islamisierung der Schweiz. Dies erklärt teilweise den höheren Anteil an Ja-Stimmen in der Deutschschweiz.

Insgesamt prägten sehr unterschiedliche Themen die Diskussionen im Vorfeld der Abstimmung über das Minarettverbot: die Ideologiekritik am Islam; die Ängste vor einer verstärkten Zuwanderung, gerade aus islamischen Ländern; die verbreitete Sichtweise, dass Frauen in der Praxis und Gesetzgebung des Islam unterdrückt würden; das negative Image des Islam in den internationalen Medien sowie die Affäre um Hannibal Ghadhafi und die damit verbundene Auseinandersetzung zwischen Libyen und der Schweiz.<sup>82</sup> Während die Initiatoren der Abstimmung sehr aktiv kommunizierten (häufige Medienauftritte, Teilnahme an öffentlichen Debatten, intensive Plakatkampagne etc.), waren die Gegenstimmen in der Öffentlichkeit viel weniger präsent. Das lag nicht zuletzt daran, dass allgemein erwartet wurde, dass die Initiative abge-

82 Mayer, *Religioscope Analysis: A Majority of Swiss Voters Decide to Ban the Building of New Minarets*.

lehnt würde. Dies hatten auch die vor der Abstimmung durchgeführten Meinungsumfragen irrtümlicherweise angedeutet.<sup>83</sup>

### *Reaktionen*

Nach der Abstimmung wurde darüber diskutiert, wie zu verfahren sei, wenn direktdemokratische Vorstösse in Gesetzen münden, die gegen die völkerrechtlichen Verpflichtungen der Schweiz verstossen könnten: So wurde der Vorwurf erhoben, das Minarettverbot widerspreche der von der Schweiz unterzeichneten Menschenrechtskonvention. Eine Klage gegen das Verbot wurde bereits beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte eingereicht.<sup>84</sup> Bisher sieht die schweizerische Praxis vor, dass jedes neue Gesetz, das aus einer Initiative resultiert und völkerrechtlich heikel ist, erst in der Implementierungsphase an das Völkerrecht angepasst wird. Dies ist beim Minarettverbot jedoch sehr schwierig, da es wenig Auslegungsspielraum gibt. Das Bundesgericht kann eine eingereichte Klage gegen den neuen Verfassungsartikel nur dann behandeln, wenn eine konkrete Verfügung vorliegt, die den Bau eines Minaretts auf Grundlage dieses Verfassungsartikels verbietet – dies zeigt sich jedoch erst gegen Ende des Gesamtprozesses. Dieser Sachverhalt hat eine Debatte darüber ausgelöst, wann eine Initiative für ungültig erklärt werden sollte.<sup>85</sup>

Die derzeitige Situation führt zu Widersprüchen im Recht und Verwirrung in der Bevölkerung. Ein Vorschlag lautet, Initiativen erst dann zur Abstimmung zu bringen, wenn deren Vereinbarkeit mit den schweizerischen Verpflichtungen im Rahmen der Europäischen Menschen-

83 Longchamp, Claude/Golder, Lukas/Agosti, Stefan/Kocher, Jonas/Ratelband, Silvia. 2. Vorabstimmungsanalyse zu den eidg. Abstimmungen vom 29. November 2009. In: *GFS*, Bern, 17. November 2009. <http://www.gfsbern.ch/publikationen/fberichte.php?showid=346&lang=de>.

84 Swiss Minaret Ban in European Court. In: *IslamOnline.net*, 17. Dezember 2009. [http://www.islamonline.net/servlet/Satellite?c=Article\\_C&cid=1260258076124&pagename=Z-one-English-News/NWELayout](http://www.islamonline.net/servlet/Satellite?c=Article_C&cid=1260258076124&pagename=Z-one-English-News/NWELayout).

85 «Heute sind allein Volksbegehren für ungültig zu erklären, die zwingendem Völkerrecht – dem Verbot von Folter, Genozid, Sklaverei und der Abschiebung von Menschen in Staaten, wo ihnen Derartiges droht (Non-Refoulement) – widersprechen. Es fragt sich, ob die Ungültigkeitsgründe auf Grundrechtsgarantien des Völkerrechts, auf den Kern der in der EMRK und im Uno-Pakt II verankerten Grundrechte, zu erweitern sind.» Claudia Schoch. Das Volk ist souverän, aber nicht ungebunden. In: *Neue Zürcher Zeitung*, 19. April 2010.

rechtskonvention und gegenüber den Uno-Konventionen geprüft worden sind.<sup>86</sup> Eine Nichtvereinbarkeit würde dazu führen, dass solche Initiativen noch vor der Abstimmung für ungültig erklärt oder aber die betroffenen völkerrechtlichen Verpflichtungen noch vor der Abstimmung gekündigt würden.

Auf internationaler Ebene brachten die EU, die Uno und verschiedene europäische Staaten ihr Bedauern über das Abstimmungsergebnis zum Ausdruck.<sup>87</sup> Auch die muslimische Welt, von Indonesien bis Marokko, reagierte auf das Minarettverbot. In diesem Fall äusserten sich jedoch in erster Linie die offiziellen Institutionen und Persönlichkeiten und nicht die Menschen auf der Strasse. Es kam zwar zu Demonstrationen und beispielsweise zur Verbrennung der Schweizer Flagge in Islamabad.<sup>88</sup> Insgesamt fielen die Reaktionen aufgrund des schnellen und klaren Verhaltens der Schweizer Regierung jedoch relativ moderat aus. Zudem ist das Minarett als Symbol des Islam bedeutend weniger sakral als beispielsweise die Person des Propheten Mohammed.

**«Insgesamt fielen die Reaktionen aufgrund des schnellen und klaren Verhaltens der Schweizer Regierung relativ moderat aus.»**

fielen die Reaktionen aufgrund des schnellen und klaren Verhaltens der Schweizer Regierung jedoch relativ moderat aus. Zu-

dem ist das Minarett als Symbol des Islam bedeutend weniger sakral als beispielsweise die Person des Propheten Mohammed. Die Reaktionen der Muslime spiegelten Unverständnis, Besorgnis und eine eindeutige Verurteilung des Verbots wider. Vereinzelt forderten den Abzug des muslimischen Geldvermögens von schweizerischen Konten, den Boykott von Schweizer Banken, die Verlegung des Sitzes der Genfer Uno-Gremien in andere Städte oder den Boykott

86 Ebd.

87 Dacey, Jessica. Swiss Minaret Ban sends Ripples Worldwide. In: *Swissinfo*, 30. November 2009. [http://www.swissinfo.ch/eng/index/Swiss\\_minaret\\_ban\\_sends\\_ripples\\_worldwide.html?cid=7793976](http://www.swissinfo.ch/eng/index/Swiss_minaret_ban_sends_ripples_worldwide.html?cid=7793976).

88 Minarets: Swiss Flag Burnt in Islamabad. In: *Islamization Watch*, 17. Januar 2010. <http://islamizationwatch.blogspot.com/2010/01/minarets-swiss-flag-burned-in-islamabad.html>. In Einzelfällen kam es zu Demonstrationen, so u.a. in Ghana, in der Elfenbeinküste, im Sudan, in Mauretanien und in Pakistan. Einige Beobachter vermuteten, dass die Demonstrationen von NGOs organisiert wurden, die von Libyen finanziert wurden, und interpretierten sie im Kontext der Krise zwischen Libyen und der Schweiz.

schweizerischer Güter, Dienstleistungen und Firmen. Es gab aber auch einen Aufruf an die Muslime, in der Frage des Minarettverbots Ruhe zu bewahren und nicht extrem zu reagieren.<sup>89</sup> Die sichtbarste Reaktion war der Aufschrei, der durch die Medien ging. In vielen muslimischen Ländern wurde kritisiert, die Schweiz habe ihre Neutralität aufgegeben und der Rassismus nehme zu. Ein Beispiel hierfür ist die Schlagzeile einer algerischen Zeitung: «Vier Minarette erschüttern die Schweiz und reißen die Neutralität des Landes ein.»<sup>90</sup>

### *Diskussion*

Im Unterschied zu den Fällen in Dänemark und den Niederlanden, bei denen es um diskriminierende Aktivitäten einzelner Gruppen ging, hat sich in der Schweiz die Mehrheit der Stimmbevölkerung für einen Verfassungsartikel ausgesprochen, der sowohl vom Bundesrat als auch von Vertretern der internationalen Gemeinschaft als diskriminierend betrachtet wird. Inwiefern haben mediative Ansätze der Regierung geholfen, eine Eskalation der Spannungen nach der Abstimmung zu verhindern, und welche Faktoren bestimmen mögliche weitere Entwicklungen?

*Schwerpunkt auf den Prozessen:* Grund für die gemäßigten nicht-offiziellen Reaktionen der arabischen Welt war die öffentliche Ablehnung der Initiative durch den Bundesrat. Beide Seiten konzentrierten sich auf Prozesse und Kommunikation und ermöglichten so einen mediativen Ansatz. In einem Staat wie der Schweiz, der nicht über eine gemeinsame Sprache oder eine einheitliche Identität verfügt, ist der Versuch naheliegend, mit einer Abwehrhaltung gegenüber einem fremden religiös-politischen Machtsymbol gesamtschweizerisch identitätsstiftend wirken zu wollen. Deshalb sind neben Prozessen, die sich mit den Ängsten vor dem Islam befassen, auch weiterhin Ansätze notwendig, die die Spannungen thematisieren, die aus den unterschiedlichen Konzepten von «Staatsbürgertum» erwachsen und die auf die Rolle der ethnisch und religiös begründeten «öffentlichen Identität» eingehen.

89 Muslim Scholars Blast Swiss Minarets Ban. [http://www.islamonline.net/servlet/Satellite?c=Article\\_C&pagename=Zone-EnglishNews/NWELayout&cid=1258880680406](http://www.islamonline.net/servlet/Satellite?c=Article_C&pagename=Zone-EnglishNews/NWELayout&cid=1258880680406).

90 Arab Press Say Swiss Neutrality is Failing. In: *Swissinfo*, 9. Dezember 2009. <http://www.swissinfo.ch/eng/index.html?cid=7852252>.

*Schwerpunkt auf den Interessen:* Hauptmotivation der Befürworter des Minarettverbots war es, ein Zeichen gegen die Verbreitung des Islam und des islamischen Gesellschaftsmodells zu setzen. Die Abstimmung über den Bau von Minaretten war eine symbolische Abstimmung. Es gibt keine Indizien dafür, dass in Moscheen ohne Minarett die Scharia weniger propagiert wird als in Moscheen mit Minarett.<sup>91</sup> Genauso wenig ist anzunehmen, dass das Minarettverbot Auswirkungen auf die Stellung muslimischer Frauen in der Schweiz hat. Zudem war es bereits vor der Abstimmung untersagt, vom Minarett aus zum Gebet aufzuzufeln. Auch in dieser Hinsicht brachte das Resultat also keine Neuerung.

Welche Befürchtungen stehen hinter dem Abstimmungsergebnis, und wie kann in Zukunft konstruktiv mit diesen Ängsten umgegangen werden? Eine der grössten Befürchtungen derer, die ein Zeichen gegen die Islamisierung setzen wollten, scheint die Angst vor dem Islam als einer Religion zu sein, die Gewalt legitimiert. Sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene wurde von terroristischen Gruppen Gewalt im Namen des Islam verübt. Doch die meisten Weltreligionen wurden bereits als Vorwand benutzt, um sowohl Gewalt als auch Gewaltlosigkeit zu rechtfertigen. Weder der Islam noch das Christentum bilden hier eine Ausnahme. Die Herausforderung ist daher nicht die Religion als solche, sondern die Frage, wie sie angewendet oder missbraucht wird. Um die Angst vor der Legitimierung von Gewalt im Namen des Islam oder des Christentums zu zerstreuen, müssen sowohl Muslime als auch Christen grössere Anstrengungen unternehmen, um ihre Religionen als Quelle und Inspiration für Frieden<sup>92</sup> und Pluralität zu präsentieren. Wird der Islam, wie von der Mehrheit der Schweizer Muslime, in diesem Sinne ausgelegt, steht er im Einklang mit den Gesetzen und der Bundesverfassung der Schweiz.

*Politisierung und Macht:* Die Rechtsparteien der Schweiz haben die Themen Immigration und Islam politisiert, für Wahlkampfzwecke genutzt und somit den Raum für Verhandlungen auf der Sachebene stark eingeschränkt. Wirtschaftliche, sicherheitsrelevante, europäische und innenpolitische Entwicklungen werden eine weitere Politisierung des

91 Antonsich, *Mapping the Swiss referendum on the minaret ban*, S. 57–62.

92 Easwaran, Eknath. *Nonviolent Soldier of Islam: Badshah Khan, A Man to Match His Mountains*. California: Nilgiri Press, 1999.

Themas Islam in Zukunft beeinflussen. Aufgrund der wirtschaftlichen Interessen und der international zunehmend negativen Wahrnehmung der Schweiz nach dem Minarettverbot spricht vieles dafür, die Konflikte rund um das Thema Islam nicht weiter eskalieren zu lassen. Die Schweiz ist zur Sicherstellung ihrer wirtschaftlichen Entwicklung auf Arbeitskräfte auch aus dem Ausland angewiesen.<sup>93</sup> Sie muss deshalb unausweichlich Wege finden, mit kultureller Vielfalt umzugehen. Sicherheitsrelevant könnte das Thema werden, wenn Schweizer im Ausland von Gruppen entführt werden, die die Schweiz als anti-islamisches Land darstellen.

Die Entwicklungen in Europa bezüglich des Umgangs mit dem Islam werden die Situation in der Schweiz ebenfalls stark beeinflussen. Sollten andere europäische Länder beispielsweise ein Burkaverbot einführen, könnte dies die Aufmerksamkeit von der Schweiz ablenken. Innenpolitisch scheint die schweizerische «Identitätsdebatte» zentral. Die bis anhin generell zu schwache Beteiligung der Muslime in der Schweiz an der öffentlichen Debatte und die fehlende Mitwirkung in Verbänden, Politik und Medien sorgen dafür, dass die Muslime in der Schweiz für die übrige Bevölkerung zu wenig sichtbar, hörbar und ansprechbar sind. Dies sind schlechte Voraussetzungen für Verhandlungen.

Die Spannungen in Bezug auf die Frage, welchen Raum der Islam in der Schweiz einnehmen soll, halten jedoch an: So wird weiter über die Abschaffung des *Hidschab* oder der obligatorischen Schwimmstunden für Jungen und Mädchen in staatlichen Schulen diskutiert. Anstatt diese Probleme mit Hilfe von Initiativen, die nicht auf die eigentlichen Inhalte eingehen, zu instrumentalisieren, sollten besser interessenbasierte Verhandlungen zwischen den betroffenen Parteien stattfinden. Solche Gespräche und kompromissorientierte Verhandlungen auf lokaler, regionaler und Bundesebene sind eher möglich, wenn auf muslimischer und nicht-muslimischer Seite grössere Dialogbereitschaft vorhanden ist, die möglichen wirtschaftlichen und sicherheitsrelevanten Auswirkungen einer Instrumentalisierung des Islam klarer im Bewusstsein der breiteren

93 Panizzon, Marion. Mobilität der Arbeitskräfte: Eine neue Dimension des Migrationsrechts. In: *UniPress* Nr. 136, 2008. Schweiz wächst rasant – dank Migranten. In: *Basler Zeitung*, 26. Februar 2009. <http://bazonline.ch/schweiz/standard/Schweiz-waechst-rasant--dank-Migranten/story/23344770>.

Bevölkerung verankert sind und das Thema Islam in Europa nicht noch stärker für Profilierungszwecke politisiert wird.

*Kulturalisierung:* Parteien können ein Thema nur dann politisieren, wenn bereits Ängste in der Bevölkerung vorhanden sind. Daher wäre es allzu vereinfachend, das Minarettverbot ausschliesslich als Politisierung eines Problems durch eine Partei zu analysieren. Der Islam wurde als Symbol für «das Fremde» verwendet, aber vermutlich hat auch die fehlende Vertrautheit mit dem Wertesystem der Muslime in der Schweiz eine Rolle gespielt. Auch hier werden sich die Spannungen nicht durch rechtliche Mittel und Verbote aus der Welt schaffen lassen, wohl aber durch gemeinsame Dialogprozesse.

*Nutzung rechtlicher Mittel:* Die Diskussion um die Minarette war ein juristisches Ping-Pong-Spiel: Gerichte auf Bezirksebene, auf kantonaler und eidgenössischer Ebene waren beteiligt, die Verfassung wurde geändert und nun ist eine Klage beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte hängig. Rechtsmittel werden jedoch nicht ausreichen, um mit den Ängsten von Muslimen und Nicht-Muslimen umzugehen. Eine Debatte über die Kriterien und den Zeitpunkt, wann eine Initiative für ungültig erklärt werden soll, ist angezeigt. Die Politisierung von Problemen mit Initiativen, die zu Widersprüchen in der Gesetzeslage führen können, strapaziert die auf Konsens ausgerichtete politische Kultur in der Schweiz.

## SCHLUSSFOLGERUNGEN

Die Beispiele aus den Niederlanden und der Schweiz zeigen, dass Regierungen auch in solchen religiös gefärbten Konflikten mediative Ansätze verfolgen können, sofern sie nicht in Abhängigkeit zu dem Akteur stehen, der an einer Politisierung des Themas interessiert ist. Im Fall von Dänemark war die Regierungskoalition auf die Unterstützung der Dänischen Volkspartei angewiesen, was ihren Handlungsspielraum einschränkte und zur Folge hatte, dass die Regierung als Akteur des Konflikts auftrat, anstatt vermittelnd und deeskalierend einzugreifen.

Eine Deeskalation solcher Konflikte wird auch dadurch erschwert, dass bestimmte Akteure beider Seiten kein Interesse daran haben, die

Spannungen und Differenzen über Fragen des Islam zu entschärfen. Faktisch unterstützen sich die Scharfmacher auf beiden Seiten, die ein Thema politisieren und instrumentalisieren, mit ihrem Vorgehen gegenseitig. Diejenigen muslimischen und nicht-muslimischen Akteure, die ein ernsthaftes Interesse an einem konstruktiven Umgang mit Ängsten, am Abbau von Spannungen und an der Formulierung von für alle Seiten akzeptablen Lösungen haben, müssen gemeinsame Anstrengungen unternehmen und effizienter in ihrem Handeln werden. Es genügt nicht, die sich radikalisierenden Gruppen zu verurteilen; vielmehr braucht es auf beiden Seiten vermehrt Anstrengungen dialogbereiter Kreise, so dass der Mittelweg gestärkt werden kann.

«Es braucht vermehrt  
Anstrengungen dialogbereiter  
Kreise auf beiden Seiten, so dass  
der Mittelweg gestärkt  
werden kann.»

Gesellschaftliche Gruppen und Kulturen sind nicht homogen. Die Erkenntnis, dass muslimische Gruppen sich durch eine ebenso grosse Vielfalt auszeichnen wie nicht-muslimische Bevölkerungsgruppen und über je eigene spezifische Wertvorstellungen verfügen, muss zur Einsicht führen, dass die Einteilung in pauschale Kategorien von «Wir» und «Die» irreführend ist. Gemeinsame Bemühungen von Muslimen und Nicht-Muslimen können dies verdeutlichen und auf diese Weise Handlungsspielraum für Verhandlungen schaffen, der zum Abbau von Spannungen notwendig ist.

Der Einsatz von Rechtsmitteln kann in gewissen Fällen sinnvoll sein. Gleichzeitig weist dieser Weg jedoch Beschränkungen auf, da in Gerichtsverfahren verschiedene Positionen oft unversöhnlich aufeinanderprallen, was die nachhaltige Beilegung von Konflikten erschwert. Mediationsprozesse können Perspektiven über diese Positionen hinaus aufzeigen und die zugrundeliegenden Interessensgegensätze aufdecken. Denn nur wenn diese thematisiert werden, können Lösungen erarbeitet werden, die den Interessen beider Seiten gerecht werden. In allen untersuchten Ländern existieren zahlreiche Prozesse, die in diese Richtung zielen. Diese verdienen die Aufmerksamkeit der Medien, auch wenn sie weniger spektakulär sind als radikale Äusserungen von Minderheiten.

Zweifellos existieren berechnete Fragen im Zusammenhang mit dem Islam in der Schweiz, in den Niederlanden und in Dänemark. Diese lassen sich jedoch nicht mit Stellvertreterkonflikten um Symbole aus der Welt schaffen, unabhängig davon, ob es sich im konkreten Fall um Karikaturen, Minarette oder Kopftücher handelt. Das Aufdecken von Positionen und die Analyse der Interessen, die hinter diesen Positionen und den damit verbundenen Konflikten stehen, sind langfristig der erfolgversprechendere Weg.